

Einzelplan 01

Landtag

Inhalt

	Seite
Vorwort	2
Diagramm Nettoausgaben nach Ausgabearten	5
Kap. 01 01 Landtag	6
Kap. 01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	22
Kap. 01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	29
Kap. 01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	34
Kap. 01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung	38
Kap. 01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung	42
Einnahmen und Ausgaben 2017	46
Einnahmen MG/TG 2017	48
Ausgaben MG/TG 2017	49
Inhaltsverzeichnis Stellenpläne und -übersichten	51

Vorwort

A. Aufgaben und Aufbau des Landtages in den wichtigsten Grundzügen:

Die Aufgaben des Landtages ergeben sich aus Abschnitt II Artikel 16 bis 32 der Landesverfassung für Schleswig-Holstein. Der Landtag ist das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung. Der Landtag wählt die Ministerpräsidentin oder den Ministerpräsidenten. Er übt die gesetzgebende Gewalt aus und kontrolliert die vollziehende Gewalt.

Das Wahlgesetz für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz) bestimmt die Zusammensetzung des Landtages und regelt alle übrigen mit dem Wahlverfahren, Wahlrecht, der Wählbarkeit usw. zusammenhängenden Fragen.

Der am 6. Mai 2012 gewählte Schleswig-Holsteinische Landtag (18. Wahlperiode) besteht aus 69 Abgeordneten, von denen 35 in den Wahlkreisen durch Mehrheitswahl und 34 durch Verhältniswahl aus den Landeslisten der politischen Parteien gewählt wurden. Der Landtag der 18. Wahlperiode wurde auf fünf Jahre gewählt. Die Wahlperiode hat am 5. Juni 2012 begonnen.

Die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Schleswig-Holsteinischen Landtages sind durch das Schleswig-Holsteinische Abgeordnetengesetz (SH AbgG) geregelt worden.

Der Landtag wählt die Präsidentin oder den Präsidenten, die Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten, die Schriftführerinnen oder Schriftführer und deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter.

Die Präsidentin oder der Präsident führt die Geschäfte des Landtages. Der Ältestenrat unterstützt die Präsidentin oder den Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer oder seiner Aufgaben. Der Ältestenrat besteht aus der Präsidentin oder dem Präsidenten, den Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten und je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Fraktionen.

Zur Vorbereitung seiner Verhandlungen und Beschlüsse hat der Landtag neun ständige Ausschüsse gebildet:

Innen- und Rechtsausschuss,

Finanzausschuss,

Bildungsausschuss,

Umwelt- und Agrarausschuss,

Wirtschaftsausschuss,

Sozialausschuss,

Petitionsausschuss,

Europaausschuss,

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg.

Der Landtag kann die Einrichtung von weiteren ständigen Ausschüssen beschließen.

Die Präsidentin oder der Präsident ist, soweit sie oder er Verwaltungsaufgaben erledigt, oberste Landesbehörde (§ 5 Abs. 1 LVwG). Zur Erledigung der Verwaltungsaufgaben bedient sie oder er sich der Landtagsverwaltung. Die Verwaltung gliedert sich in zwei Abteilungen:

Zentrale Dienste

Parlamentarische Dienste

Gemäß § 32 Abs. 1 des Landesdatenschutzgesetzes vom 9. Februar 2000 (GVObI. Schl.-H. S. 169) ist der oder die Landesbeauftragte für Datenschutz Leiterin oder Leiter der Anstalt „Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz“. Die oder der Landesbeauftragte für Datenschutz führt die Geschäfte der Anstalt und vertritt sie gerichtlich und außergerichtlich.

Die oder der Landesbeauftragte für Datenschutz wird auf Vorschlag der Landtagsfraktionen für die Dauer von fünf Jahren vom Landtag gewählt.

Die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident ernennt die Landesbeauftragte oder den Landesbeauftragten zur Beamtin oder zum Beamten auf Zeit und ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz. Die oder der Landesbeauftragte für Datenschutz ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der in der Anstalt beschäftigten Beamtinnen und Beamten.

Die Aufgaben und Rechte der oder des Landesbeauftragten für Datenschutz ergeben sich aus dem Landesdatenschutzgesetz und § 16 Informationsfreiheitsgesetz.

Die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben notwendigen Haushaltsmittel sind im Kapitel 0102 veranschlagt.

Gemäß § 7 des Bürgerbeauftragten-Gesetzes in der Fassung des Haushaltsbegleitgesetzes 1995 vom 13. Dezember 1994 (GVObI. Schl.-H. S. 569) ist das Amt der oder des Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eingerichtet.

Die oder der Bürgerbeauftragte wird auf Vorschlag der Landtagsfraktionen für die Dauer von sechs Jahren vom Landtag gewählt. Sie oder er ist in Ausübung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie oder er untersteht der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages.

Die Aufgaben und Rechte der oder des Bürgerbeauftragten ergeben sich aus dem Bürgerbeauftragten-Gesetz.

Die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben notwendigen Haushaltsmittel sind im Kapitel 0103 veranschlagt.

Gemäß § 1 des Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen vom 28. Oktober 1998 (GVOBl. Schl.-H. S. 320) ist das Amt der oder des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eingerichtet.

Die oder der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen wird auf Vorschlag der Landtagsfraktionen sowie der Abgeordneten der nationalen dänischen Minderheit für die Dauer von sechs Jahren vom Landtag gewählt. Sie oder er wird ehrenamtlich tätig. Die oder der Beauftragte ist in Ausübung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie oder er untersteht der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Landtages.

Die Aufgaben und Rechte der oder des Beauftragten ergeben sich aus dem Gesetz.

Die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben notwendigen Haushaltsmittel sind im Kapitel 0104 veranschlagt.

Gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen des Landes Schleswig-Holstein (Landesbehindertengleichstellungsgesetz – LBGG) vom 18. November 2008 (GVOBl. Schl.-H. S. 582) ist das Amt der oder des Beauftragten für Menschen mit Behinderung bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eingerichtet.

Die oder der Beauftragte für Menschen mit Behinderung wird auf Vorschlag der Landtagsfraktionen für die Dauer von sechs Jahren vom Landtag gewählt. Die oder der Landesbeauftragte ist in der Ausübung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie oder er untersteht der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Die Aufgaben und Pflichten der oder des Landesbeauftragten ergeben sich aus dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz.

Die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben notwendigen Haushaltsmittel sind im Kapitel 0105 veranschlagt.

Gemäß § 1 des Gesetzes zur Errichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung vom 4. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. S. 340) ist das Amt der oder des Beauftragten für politische Bildung bei der Präsidentin oder dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages eingerichtet.

Die oder der Beauftragte für politische Bildung wird auf Vorschlag der Landtagsfraktionen für die Dauer von sechs Jahren vom Landtag gewählt. Die oder der Landesbeauftragte ist in der Ausübung des Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Sie oder er untersteht der Dienstaufsicht der Präsidentin oder des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages.

Die Aufgaben und Rechte der oder des Landesbeauftragten ergeben sich aus dem Gesetz.

Die für die Erfüllung ihrer oder seiner Aufgaben notwendigen Haushaltsmittel sind im Kapitel 0106 veranschlagt.

B. Wesentliche organisatorische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

C. Wesentliche veranschlagungstechnische Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Keine

D. Leerstellen (ohne kostenwirksame Leerstellen)

Kap.	01.02.2016
0101	1
0102	1
0103	-
0104	-
0105	1
0106	-

Diese Leerstellen sind in den Kapiteln und im Gesamtabchluss nicht enthalten.

E. Personalbudget

Personalkostenbudget 2017 - in T€ - : 10.884,4
Anzahl der Vollzeitäquivalente im Jahr 2016: 151

Nachrichtlich:

1. Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl Stand 01.01.2015: 34
Stand 01.01.2016: 35
 - b) Ist 2015 - in T€ -: 1.516,3
Soll 2016 - in T€ -: 1.536,7
Soll 2017 - in T€ -: 1.676,3

2. Vorzeitig in den Ruhestand versetzte
Versorgungsempfängerinnen/Versorgungsempfänger
 - a) Anzahl in 2015 0
 - b) durchschnittliche Zeitdauer bis zur regulären
Pensionsaltersgrenze 0

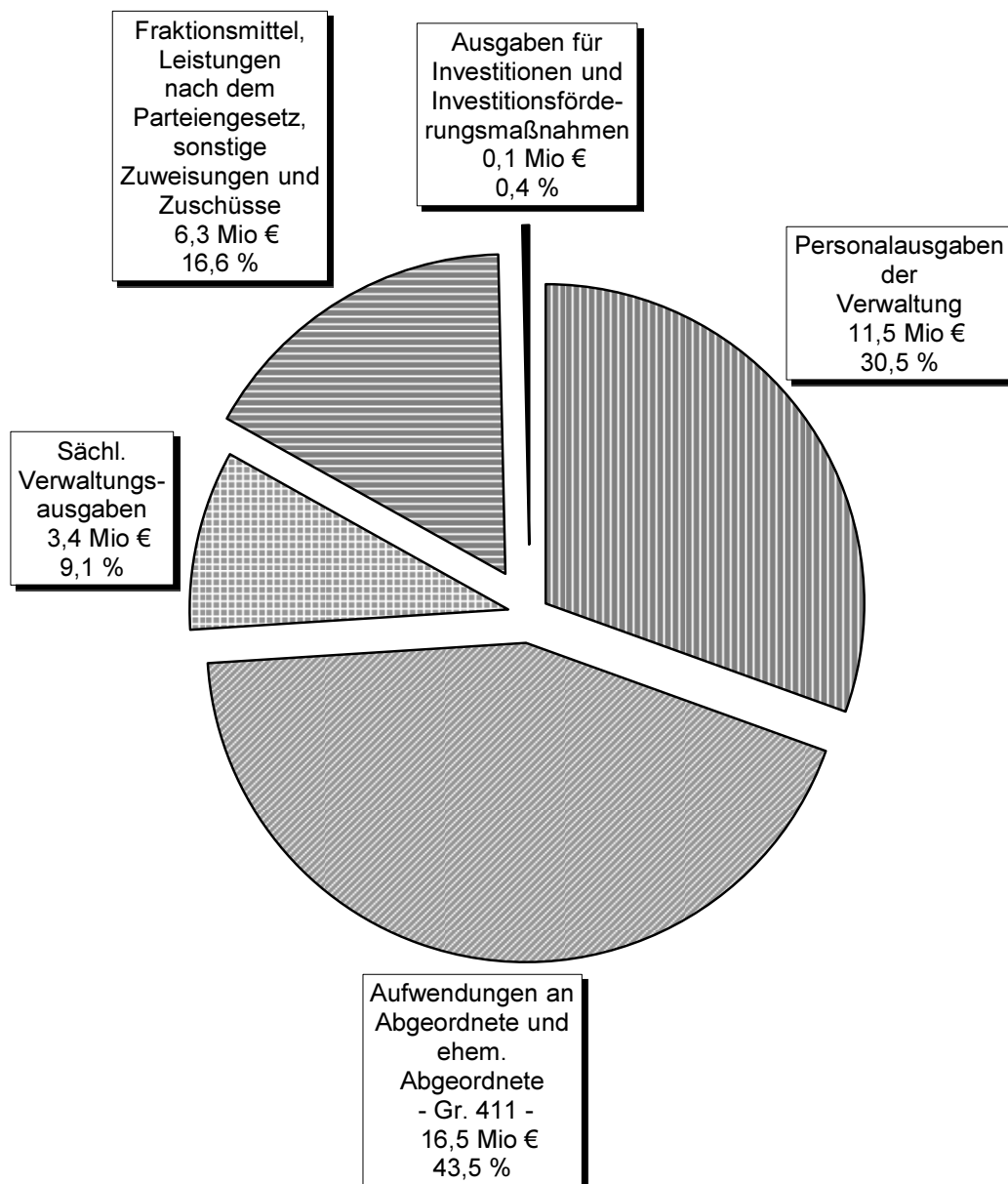
3. Beschäftigung Schwerbehinderter (Jahresdurchschnitt 2015)

Arbeitsplätze nach dem SchwbG	129
Pflichtquote (5 %)	6
durch Schwerbehinderte besetzte Arbeitsplätze	17

4. Ausgabenbudgets

	2016	2017
	- in T€ -	
Budget I	28.600,7	31.442,7
Budget II	6.422,5	6.400,1

Einzelplan 01 Nettoausgaben nach Ausgabearten 2017



01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 01 01 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Einnahmen

08 Verfassungsreform

Ausgaben

- 01 Enquete-Kommissionen und Sonderausschüsse
- 02 Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebenen
- 03 Informationstechnik
- 04 Leistungsentgelte an die Dataport Schleswig-Holstein
- 05 Fraktionsmittel
- 06 Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Parlamentspartnerschaften, Verfügungsmittel
- 07 Wissenschaftliche Aufarbeitung struktureller und personeller Kontinuität nach dem Dritten Reich in Schleswig-Holstein
- 08 Verfassungsreform
- 09 Landessystemkonzept (LSK SH)
- 62 Ausbildungsinitiative des Landtages

Einnahmen

119 01	011	Einnahmen aus Veröffentlichungen	2,0 0,1	1,0
Mehreinnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 5 zur Verfügung.				
119 02	011	Kostenbeiträge für private Benutzung verwaltungseigener Geräte, Fahrzeuge usw.	0,0 0,0	0,0
Erläuterungen: Veranschlagt sind Einnahmen durch Kostenerstattung für die private Benutzung personengebundener Dienstkraftwagen.				
119 03	011	Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen usw. bei Kunstausstellungen	0,0 0,0	0,0
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0101 - MG 06 zu verwenden.				
119 04	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	0,0 1,4	0,0
119 99	011	Vermischte Einnahmen	0,0 0,2	0,0
124 01	011	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	19,8 19,8	19,8
Erläuterungen: Veranschlagt sind Einnahmen aus der Verpachtung des Restaurationsbetriebes im Landeshaus.				
124 02	011	Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Leistungen des IT-Referates	39,5 54,3	24,6
Mehreinnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0101 - MG 03 zu verwenden.				
124 03	011	Einnahmen aus Veranstaltungen nach dem Nutzungskonzept	8,5 10,1	8,5
Mehreinnahmen stehen zweckgebunden für Ausgaben im Zusammenhang mit der Nutzung von Räumlichkeiten im Landeshaus bei den Titeln der Hauptgruppe 5 zur Verfügung.				
129 01	011	Einnahmen aus der Beteiligung Dritter bei Kunstausstellungen	0,0 10,7	0,0
Die Einnahmen sind zweckgebunden für Ausgaben bei 0101 - MG 06 zu verwenden.				
129 02	011	Einnahmen erzielt durch die Landeszentrale für politische Bildung	0,0 0,0	0,0

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016 Ist 2015	Soll 2017
			T€	
359 01	851	Entnahme aus der Rücklage für Sachausgaben.	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Titel 511 01 zur Verfügung.		
359 02	851	Entnahme aus der Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei den Titeln 422 01 und 428 01 zur Verfügung.		
359 03	851	Entnahme aus der Rücklage "Leistungen nach §§ 19 und 20 Parteiengesetz"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei Titel 684 02 zur Verfügung.		
359 04	851	Entnahme aus der Rücklage "Leistungen an Abgeordnete"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei 0101 - MG 02 zur Verfügung.		
359 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Enquete-Kommissionen und Sonderausschüsse"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei 0101 - MG 01 zur Verfügung.		
359 06	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0
		08 Verfassungsreform		
119 08 (MG 08)	011	Einnahmen im Rahmen der Verfassungsreform	0,0 0,0	0,0
359 08 (MG 08)	851	Entnahme aus der Rücklage "Verfassungsreform"	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen: Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei 0101 - MG 08 zur Verfügung.		
Summe der Maßnahmegruppe 08			0,0 0,0	0,0
Summe der Einnahmen			69,8 96,6	53,9

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

412 01	011	Aufwendungen für parlamentarische Kontrollorgane	0,5 0,0	0,5
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	1.989,7 1.969,4	2.031,7
Zusätzlich dürfen bei den Titeln 422 01 und 428 01 Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 359 02 und 359 06 geleistet werden.				
422 02	011	Bezüge und Nebenleistungen der beamteten Hilfskräfte	0,0 0,0	0,0
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	5,2 4,6	5,2
427 03	011	Beschäftigungsentgelte an geprüfte Rechtskandidatinnen/Rechtskandidaten	59,4 0,0	59,4
Erläuterungen:				
Beschäftigung von Juristinnen/Juristen, die mindestens das erste Staatsexamen bestanden haben und sich in einer Wartezeit befinden.				
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	4.100,9 4.029,0	4.224,9
Zusätzlich dürfen bei den Titeln 422 01 und 428 01 Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 359 02 und 359 06 geleistet werden.				
429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	254,7 0,0	528,4
Erläuterungen:				
Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Einzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushalt 2014 in gesonderten Titeln in den Einzelplänen ausgewiesen.				
443 01	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	0,0 0,0	0,0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	20,0 0,0	20,0
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	207,0 224,4	363,0
Mehrausgaben dürfen zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 01 und der Einnahmen bei den Titeln 124 03 und 359 01 geleistet werden.				

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Büromaterial	37.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	45.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	6.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	70.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	126.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	65.400
7.	Unterhaltung von Geräten	6.000
8.	Sonstiges	7.600
Summe		363.000

Weitere 15.000 € für Zeitschriften und Zeitungen sind bei Tit. 531 06 veranschlagt.

Mehr wegen Ergänzungsbeschaffungen aufgrund der gestiegenen Anforderungen bei Veranstaltungen bzw. Ausstellungen (z. B. Konferenztische und -stühle, Rednerpult, Stellwände).

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

514 01 011 Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen u. dgl. **123,0**
108,8 **136,0**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Haltung von Dienstfahrzeugen	130.000
2.	Dienst- und Schutzkleidung	6.000
3.	Verbrauchsmittel	0
4.	Haltung von privteigenen und zum Dienst zugelassenen Fahrzeugen	0
5.	Sonstiges	0
Summe		136.000

Bestand an Kraftfahrzeugen

	Soll 2015	Soll 2016	Tatsächlicher Bestand 01.02.2015
Personenkraftwagen	12	13	12
	12	13	12

5 Chefwagen mit Chefwagenfahrerinnen und Chefwagenfahrern werden für die Landtagspräsidentin oder den Landtagspräsidenten, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU, SPD, FDP sowie die Direktorin oder den Direktor des Landtages bereitgestellt. Die Direktorin oder der Direktor des Landtages stellt ihrer oder seinen Dienstwagen für weitere Dienstfahrten des Landtages zur Verfügung.

1 Chefwagen mit Cheffahrerin, Cheffahrer wird für die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des SSW im Landtag zur Verfügung bereitgestellt. Die Personalkosten für die Beschäftigung einer Fahrerin oder eines Fahrers durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des SSW im Landtag sind bei Tit. 684 09 veranschlagt.

1 Chefwagen mit Cheffahrerin, Cheffahrer wird für die Vorsitzende oder dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN bereitgestellt. Die Personalkosten für die Beschäftigung einer Fahrerin oder eines Fahrers durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN sind bei Tit. 684 11 veranschlagt.

2 Chefwagen ohne Fahrerinnen, Fahrern stehen den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen oder den Parlamentarischen Geschäftsführern der Landtagsfraktionen von CDU und SPD in Ausübung ihrer Funktion zur Verfügung.

2 Chefwagen mit Fahrerinnen, Fahrern werden vorrangig von den Vizepräsidentinnen oder den Vizepräsidenten für Fahrten in Ausübung ihres Amtes genutzt. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung stehen die beiden Fahrzeuge als Selbstfahrer-Pkw zur Verfügung.

1 Chefwagen ohne Fahrerin/Fahrer und 1 Selbstfahrer-Fahrzeug stehen als Ausgleichsfahrzeuge zur Verfügung.

Mehr aufgrund der erfahrungsgemäß erhöhten Fahrleistungen im Wahljahr und der Anpassung des Bekleidungszuschusses an die Pfortner (3), Kraftfahrer (9) und Mitarbeiter im Saaldienst (6).

517 01 011 Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume **21,3**
17,8 **7,9**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Grundstücksabgaben (Grundsteuer, Straßenreinigungs- und Müllabfuhrgebühren usw.)	0
2.	Kosten für Frischwasser, Abwasser	0
3.	Sonstiges	7.900
Summe		7.900

Die Grundstücksabgaben und die Kosten für Frischwasser, Abwasser werden nunmehr von der GMSH getragen.

518 01 011 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume **7,6**
1,7 **9,6**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Miete und die Nebenkosten einschließlich Telefon/Internet für die angemietete Bürofläche in der Avenue Edmond Mesens, Nr. 7a in 1040 Brüssel.

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 518 01

Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:

	Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
1.	3 Garagen für Chefkraftfahrzeuge		0 qm
2.	Büroraum	Avenue Edmond Mesens, Nr. 7a, Brüssel	13 qm
			13 qm

Vermietet wird die Bürofläche in Brüssel durch das Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt.

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	146,5	146,5
			132,6	
518 99	011	Leasingraten für Chefwagen	58,0	58,0
			52,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Leasingraten für 13 Dienstkraftfahrzeuge des Landtages.

523 01	011	Erwerb von Kunstgegenständen	2,5	2,5
			2,5	
525 01	011	Aus- und Fortbildung	36,8	40,0
			31,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Fachliche Fortbildung	17.000
2.	Führungskräftefortbildung	12.000
3.	Entwicklung der Europafähigkeit	2.000
4.	Fortbildung im Rahmen der Gesundheitsinitiative	5.000
5.	Allgemeine fachübergreifende Fortbildung	4.000
Summe		40.000

526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	75,0	75,0
			2,8	
526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	1,5	1,5
			1,1	
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	30,0	30,0
			2,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Entschädigung von Sachverständigen und sonstigen Personen, die zu den Beratungen der Ausschüsse hinzugezogen werden, sowie die Ausgaben für die Entschädigung von Sachverständigen und sonstigen Personen für die Verwaltung sowie externe Gutachten.

527 01	011	Dienstreisen	33,0	33,0
			24,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen	24.000
2.	Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen	9.000
3.	Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0
Summe		33.000

531 04	013	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht	40,0	40,0
			34,2	

Mehrausgaben dürfen zu Lasten 0101 - MG 06 geleistet werden.

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 531 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Vergütungen an die Verwertungsgesellschaft WORT und die Pressemonitor GmbH für die Veröffentlichung urheberrechtlich geschützter Artikel und Kommentare im Pressespiegel des Landtages.

533 01	011	Leistungen durch Dritte	160,9	125,9
			103,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2017	
			EUR	
1.	Vergütungen für die Mitwirkung Dritter bei der stenographischen Aufnahme von Plenartagungen und Ausschusssitzungen			94.300
2.	Dolmetscherkosten			1.000
3.	Audit "Familienfreundlicher Landtag; Vereinbarkeit von Familie und Beruf"			12.000
4.	Externe Beratungsleistung			18.600
5.	Sonderveranstaltung der Ausschüsse (u. a. Runder Tisch zur Situation der Heimerziehung)			0
Summe				125.900

Wahljahrbedingte Ansatzreduzierung bei der Vergütung für die Mitwirkung Dritter bei der stenografischen Aufnahme von Plenartagungen und Ausschusssitzungen.

Erstmalige Veranschlagung der Kosten für die Reauditierung "Familienfreundlicher Landtag; Vereinbarkeit von Beruf und Familie". Die Landtagsverwaltung hat am 17. Juni 2014 das Zertifikat "berufundfamilie" erhalten.

533 05	011	Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung	15,0	17,3
			11,0	

536 02	012	Beiträge an deutsche Vereine und Gesellschaften	2,7	2,7
			2,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Mitgliedsbeiträge an den Verein Partnerschaft der Parlamente sowie Verein der Deutschen Archivare.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeiträge	7,6	7,6
			10,5	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2017	
			EUR	
1.	Unfall- usw. -renten und Entschädigungen an Dritte auf Grund rechtlicher Verpflichtungen			0
2.	Nachrufe, Kranzspenden, Zeitungsanzeigen			5.000
3.	Auslagen für Vorstellungsreisen			0
4.	sonstige vermischte Ausgaben			2.600
Summe				7.600

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

632 01	011	Anteilige Kosten für die Herausgabe des Parlamentsspiegels	5,0	5,0
			4,3	

671 01	011	Erstattung von Werbungskosten im Rahmen von Volksentscheiden	0,0	205,0
			0,0	

Erläuterungen:

Rechtsgrundlage für die Erstattung ist das Gesetz über Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid (Volksabstimmungsgesetz - VAbstG) in der Fassung vom 5. April 2004 (GVOBl. Schl.-H. 2004, S. 108).

Zurzeit liegt eine zulässige Volksinitiative "für die Aufnahme eines Gottesbezuges in die Landesverfassung Schleswig-Holstein" vor, über die - unter zeitlichen Gesichtspunkten - im Jahr 2017 im Wege des Volksentscheids entschieden werden könnte.

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
681 01	011	Beihilfen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsfraktionen	0,0 0,0	0,0
684 02	019	Leistungen nach §§ 19 und 20 Parteiengesetz	648,3 648,2	648,3
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Einnahmen bei Titel 359 03 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die nach dem Gesetz über die politischen Parteien in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. August 2011 (BGBl. I S. 1748) geändert worden ist, zu leistenden Abschlagszahlungen in Höhe von 0,50 € je gültiger Stimme nach dem Ergebnis der Landtagswahl vom 6. Mai 2012.				
684 04	011	An die Hilfskasse der Abgeordneten	0,0 0,0	0,0
812 01	011	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	0,0 78,6	0,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 9,3	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel 422 01 und 428 01.				
919 01	851	Zuführung an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen	0,0 0,0	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der Obergruppe 42.				
919 02	851	Zuführung zu einer Rücklage für Sachausgaben.	0,0 0,0	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der Hauptgruppe 5.				
919 03	851	Zuführung an die Rücklage "Leistungen nach §§ 19 und 20 Parteiengesetz"	0,0 0,0	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten des Titels 684 02.				
972 01	881	Globale Minderausgaben	0,0 0,0	0,0
01 Enquete-Kommissionen und Sonderausschüsse				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 359 05 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
In der Maßnahmegruppe 01 sind die Ausgaben für den "Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss" veranschlagt.				
422 04 (MG 01)	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	233,7 29,2	122,9
427 02 (MG 01)	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
428 02 (MG 01)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	22,9 6,8	11,0
453 02 (MG 01)	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	0,0 0,0	0,0
511 02 (MG 01)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	10,0 0,0	5,0
518 03 (MG 01)	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,0 0,0	0,0
526 06 (MG 01)	011	Zeugenentschädigungen	10,0 0,0	10,0

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
526 98 (MG 01)	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	10,0 0,0	10,0
533 02 (MG 01)	011	Leistungen durch Dritte	50,0 1,1	20,1
546 98 (MG 01)	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,0 0,0	0,0
919 05 (MG 01)	851	Zuführung an die Rücklage "Enquete-Kommissionen und Sonderausschüsse"	0,0 0,0	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 01			336,6 37,1	179,0
02 Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebenen				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 359 04 geleistet werden.				
Erläuterungen:				
Rechtsgrundlage für die Leistungen ist das Schleswig-Holsteinische Abgeordnetengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Februar 1991 (GVOBl. Schl.-H. S. 100, ber. 1992 S.225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 2014 (GVOBl. Schl.-H. 2014, S. 371).				
411 01 (MG 02)	011	Entschädigung der Abgeordneten sowie Übergangsgelder an ausgeschiedene Abgeordnete	7.133,2 7.042,4	8.873,6
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2017
				EUR
1.		Entschädigungen nach § 6 Abs. 1 SH AbgG		6.564.200
2.		Entschädigungen nach § 6 Abs. 2 SH AbgG		702.200
3.		Übergangsgelder nach § 16 SH AbgG		1.205.400
4.		Für Wechsel von Abgeordneten innerhalb eines Monats nach § 29 SH AbgG		401.800
Summe				8.873.600
411 03 (MG 02)	011	Altersentschädigung und Versorgungsabfindung an ausgeschiedene Abgeordnete sowie Hinterbliebenenversorgung (altes Recht), Altersversorgung (neues Recht), Überbrückungsgeld	5.597,2 5.287,9	5.645,3
Erläuterungen:				
				2017
				EUR
1.		Altersentschädigung, Versorgungsabfindung (altes Recht)		4.314.800
2.		Altersversorgung (neues Recht)		1.299.000
3.		Überbrückungsgeld		31.500
Summe				5.645.300
411 04 (MG 02)	011	Zuschuss an Abgeordnete und an Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen	385,5 167,3	429,4

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 411 04

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Beihilfen nach § 25 Abs. 2 SH AbgG	29.500
2.	Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung nach § 25 Abs. 1 SH AbgG	399.900
Summe		429.400

411 05 (MG 02)	011	Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	834,3 772,5	904,5
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Aufwendungen für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abgeordneten auf der Grundlage von 69 Arbeitsverhältnissen.

411 06 (MG 02)	011	Unterstützung der Abgeordneten und ausgeschiedenen Abgeordneten sowie deren Hinterbliebenen in besonderen Fällen	5,1 0,0	5,1
--------------------------	-----	---	-------------------	------------

411 07 (MG 02)	011	Reisekostenentschädigungen der Abgeordneten	553,0 479,1	553,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Fahrtkostenerstattung nach § 13 Abs. 1 und 2 SH AbgG	300.000
2.	Übernachtungsgelder nach § 12 SH AbgG	150.000
3.	Reisekosten für Fahrten außerhalb Schleswig-Holsteins nach § 14 SH AbgG einschl. von Informationsreisen	103.000
Summe		553.000

411 08 (MG 02)	018	Erstattung von Versorgungsausgleichsbeträgen an die Sozialversicherungsträger	44,5 45,7	45,7
--------------------------	-----	--	---------------------	-------------

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Erstattungen des Landes gem. SGB VI § 225 Abs. 1 und 2 an Sozialversicherungsträger. Den Versicherungsträgern sind die Aufwendungen zu erstatten, die sie im Rahmen des Versorgungsausgleichs (§ 1587 b Abs. 2 BGB) für geschiedene Ehegatten von Abgeordneten leisten.

919 04 (MG 02)	851	Zuführung an die Rücklage "Leistungen an Abgeordnete"	0,0 0,0	0,0
--------------------------	-----	--	-------------------	------------

Summe der Maßnahmegruppe 02			14.552,8 13.794,9	16.456,6
------------------------------------	--	--	-----------------------------	-----------------

03 Informationstechnik

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.
Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 124 02 geleistet werden.

Erläuterungen:

In der Maßnahmegruppe 03 werden die Ausgaben für Arbeitsmaterial, Geräte und Verfahren zur automatisierten Darstellung, Speicherung, Verarbeitung und Übermittlung von Informationen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Leistungen an Dataport veranschlagt.

511 03 (MG 03)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	327,5 207,5	403,0
--------------------------	-----	--	-----------------------	--------------

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 511 03

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017 EUR
1.	Ersatzbeschaffungen	5.000
2.	Ergänzungen	1.500
3.	Technische Betreuung	35.000
4.	Bereitstellung und Pflege (Software, Verfahren), Lizenzkosten	278.000
5.	IT-Sicherheit	80.000
6.	Unterhaltung	3.000
7.	Fachliteratur	500
Summe		403.000

Veranschlagt sind die Kosten für den Betrieb der landtagsspezifischen IT.
Mehr für Maßnahmen des IT-Sicherheitsmanagements inkl. Serverräume.

525 04 (MG 03)	011	Aus- und Fortbildung	25,0 9,2	19,0
--------------------------	-----	-----------------------------	--------------------	-------------

534 03 (MG 03)	011	Kosten für die Nutzung externer Informationsdienste, Anbindungen und externer Server-/RZ-Flächen	152,3 130,5	244,2
--------------------------	-----	---	-----------------------	--------------

Erläuterungen:

Mehr wegen der Nutzung externer Serverflächen oder Rechenzentrumsflächen bzw. -leistungen (Veranschlagung bislang in der MG 04).

812 03 (MG 03)	011	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen	78,0 100,1	28,0
--------------------------	-----	--	----------------------	-------------

Erläuterungen:

		2017 EUR
1.	Serverbeschaffungen	16.000
2.	ParlaTV/Mediathek	12.000
Summe		28.000

812 04 (MG 03)	011	Erwerb von Software	106,0 38,1	87,0
--------------------------	-----	----------------------------	----------------------	-------------

Erläuterungen:

Für das Projekt (im Hinblick auf "Papierarmer Landtag") sind für "ePlenarvorbereitung, eAusschussvorbereitung und Abgeordneten-Informationssystem" 85,0 T€ veranschlagt.

Summe der Maßnahmegruppe 03			688,8 485,4	781,2
------------------------------------	--	--	-----------------------	--------------

04 Leistungsentgelte an die Dataport Schleswig-Holstein

533 04 (MG 04)	011	Leistungsentgelte	151,2 10,2	0,0
--------------------------	-----	--------------------------	----------------------	------------

Summe der Maßnahmegruppe 04			151,2 10,2	0,0
------------------------------------	--	--	----------------------	------------

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

05 Fraktionsmittel

Erläuterungen:

Nach der Landesverfassung und der Geschäftsordnung obliegt es den Fraktionen, an der Gesetzgebungs-, der Kontroll-, der Wahl- und der Öffentlichkeitsfunktion des Schleswig-Holsteinischen Landtages mitzuwirken.

Bei der Erfüllung dieser Aufgaben entstehen den Fraktionen Ausgaben für

- Vergütungen der Angestellten
- Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige
- nicht aufteilbare Personalausgaben
- Geschäftsbedarf
- Bücher, Zeitschriften
- Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände
- Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten
- Reisekosten
- Veranstaltungen
- Öffentlichkeitsarbeit
- nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben.

Am 1. April 2016 waren bei den Fraktionen beschäftigt:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

wissenschaftliche	nicht wissenschaftliche	Fraktion
9	9	CDU
8	8	SPD
6	2	FDP
8	11	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
6	7	PIRATEN
5	2	SSW

Der Landesrechnungshof prüft die Verwendung der Fraktionsmittel.

684 05 (MG 05)	011	An die SPD-Fraktion	1.262,9 1.238,1	1.288,1
684 06 (MG 05)	011	An die CDU-Fraktion	1.391,6 1.300,5	1.353,1
684 08 (MG 05)	011	An die FDP-Fraktion	723,0 645,0	671,2
684 09 (MG 05)	011	An die Abgeordneten des SSW	564,2 483,7	506,9
Erläuterungen:				
Im Ansatz sind 63.100 € für die Beschäftigung einer FahrerIn/eines Fahrers einschließlich Personalnebenkosten berücksichtigt.				
684 11 (MG 05)	011	An die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	902,5 879,5	918,3
Erläuterungen:				
Im Ansatz sind 63.100 € für die Beschäftigung einer FahrerIn/eines Fahrers einschließlich Personalnebenkosten berücksichtigt.				
684 13 (MG 05)	011	An die Fraktion PIRATEN	723,0 645,0	671,2

Summe der Maßnahmegruppe 05

5.567,2

5.408,8

5.191,8

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

06 Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Parlamentspartnerschaften, Verfügungsmittel

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titel 119 03 und 129 01 geleistet werden.

529 06	011	Zur Verfügung der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten	30,0	30,0
(MG 06)			14,1	

Erläuterungen:

Zur Verfügung

			2017	
			EUR	
1.	der Landtagspräsidentin oder des Landtagspräsidenten			29.200
2.	der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse und Enquete-Kommissionen			800
3.	der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Ausschüsse für Gastgeschenke anlässlich von Ausschusreisen			0
Summe				30.000

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Aus den Verfügungsmitteln zu 1. können auch Zuwendungen aus besonderem Anlass geleistet werden.

Die Verfügungsmittel zu 2. sind veranschlagt für die Bewirtung von Sachverständigen und Zeugen, die von Ausschüssen und Enquete-Kommissionen angehört bzw. vernommen werden und für Gespräche der Ausschussmitglieder mit Besuchern und Gästen im Rahmen von Sitzungen oder gesonderten Veranstaltungen des Ausschusses.

531 06	013	Öffentlichkeitsarbeit	440,0	430,0
(MG 06)			360,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten für:

			2017	
			EUR	
1.	Aktualisierung des Handbuchs des Schleswig-Holsteinischen Landtages			22.000
2.	Zeitschrift "Der Landtag" und "plenum-online" einschl. Honorare			117.000
3.	Schriften und Faltblätter einschl. Honorare			60.000
4.	Multimediale Präsentation des Landtages			34.000
5.	Informationsveranstaltungen für Öffentlichkeit und Presse			18.000
6.	Informationsarbeit der Ausschüsse des Landtages			9.000
7.	Beteiligung an Messen und Ausstellungen			17.000
8.	Bezug von Zeitschriften und Zeitungen			15.000
9.	Betreuung FC Landtag			1.000
10.	Barrierefreier Informationszugang			100.000
11.	Barrierearme Öffentlichkeitsarbeit			30.000
12.	Tag der offenen Tür			0
13.	Sonstiges			4.000
Summe				427.000

Nach der UN-Behindertenrechtskonvention - die Deutschland am 24. Februar 2009 ratifiziert hat - müssen die Vertragsstaaten durch geeignete Maßnahmen gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit einschließlich der Freiheit, sich Informationen und Gedankengut zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben, gleichberechtigt mit anderen und durch alle von ihnen gewählten Formen der Kommunikation ausüben können. Dies ist unter anderem zu gewährleisten, indem sie Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit bestimmte Informationen rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung stellen.

534 06	011	Veranstaltungen des Landtages	142,0	107,0
(MG 06)			58,7	

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 534 06

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2017 EUR
1.	Repräsentative Veranstaltungen	50.500
2.	Besuche in- und ausländischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier	16.500
3.	Ausrichtung "Parlamentsforum Südliche Ostsee"	0
4.	Ostseejugendforum, Ostseeforum	25.000
5.	Veranstaltungen zur Förderung des Europäischen Gedankens	5.000
6.	Sonstige Veranstaltungen	10.000
Summe		107.000

535 06	011	Minderheiten- und Grenzlandarbeit, Niederdeutsch	19,7	19,7
(MG 06)			18,7	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2017 EUR
1.	Ausgaben für die Arbeit der deutschen Minderheit in Nord-schleswig, der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein, der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, der Friesen sowie der Arbeit der deutschen Grenzverbände (Grenzlandarbeit)	15.400
2.	Ausgaben für den Erhalt und Förderung des Niederdeutschen	4.300
Summe		19.700

536 06	011	Internationale Beziehungen und Parlamentspartnerschaften	54,1	54,1
(MG 06)			13,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt für:

		2017 EUR
1.	Umsetzung des Memorandums zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und der Kaliningrader Gebietsduma	17.100
2.	Parlamentsforum Südliche Ostsee	20.000
3.	Projekte, Umsetzung von sonstigen Austauschprogrammen auf internationaler Ebene, Stipendien und Studienaufenthalte	0
4.	Ostseeparlamentarierkonferenz	8.500
5.	Nordseekooperation	8.500
Summe		54.100

537 06	153	Einführung in die Arbeit des Landtages	73,0	73,0
(MG 06)			60,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit sowie Informationsprogramme für Besucherinnen und Besucher des Landtages.

538 06	011	Durchführung von Kunstausstellungen	15,0	15,0
(MG 06)			25,0	

539 06	011	Maßnahmen zur Vertiefung der politischen Bildung	0,0	0,0
(MG 06)			0,0	

Summe der Maßnahmegruppe 06			773,8	728,8
			550,6	

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
07		Wissenschaftliche Aufarbeitung struktureller und personeller Kontinuität nach dem Dritten Reich in Schleswig-Holstein		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
526 07	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.	0,0	0,0
(MG 07)			0,0	
533 07	011	Leistungen durch Dritte	30,0	0,0
(MG 07)			29,4	
Summe der Maßnahmegruppe 07			30,0	0,0
			29,4	
08		Verfassungsreform		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.		
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 119 08 und 359 08 geleistet werden.		
511 08	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation, sowie Geräte, Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0,0	0,0
(MG 08)			0,0	
526 08	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä.	0,0	0,0
(MG 08)			0,0	
527 08	011	Dienstreisen	0,0	0,0
(MG 08)			0,0	
533 08	011	Leistungen durch Dritte	0,0	0,0
(MG 08)			0,0	
546 08	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	0,0	0,0
(MG 08)			0,0	
919 08	851	Zuführung an die Rücklage "Verfassungsreform"	0,0	0,0
(MG 08)			0,0	
Summe der Maßnahmegruppe 08			0,0	0,0
			0,0	
09		Landessystemkonzept (LSK SH)		
		Erläuterungen:		
		Die Landtagsverwaltung hat sich im Jahre 2012 entschieden, am Landessystemkonzept (LSK SH) teilzunehmen und den Landesstandard Kommunikation/Telefonie und den Standard der Bürokommunikation +1 in der Landtagsverwaltung einzusetzen.		
		Die Veranschlagung für den laufenden Betrieb einschließlich der Ersatzbeschaffungen für Bürokommunikation erfolgt im Einzelplan 14 (Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation). In Absprachen mit dem ZIT SH werden die entsprechenden Haushaltsmittel in den Einzelplan 14 übertragen.		
533 09	011	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen Vertragsformen	0,0	0,0
(MG 09)			0,0	
812 09	011	Erwerb von Hard- und Software	0,0	0,0
(MG 09)			0,0	
Summe der Maßnahmegruppe 09			0,0	0,0
			0,0	

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

62 Ausbildungsinitiative des Landtages

Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe sowie einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der Obergruppe 42.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Kosten der Ausbildung.

428 62	011	Ausbildungsentgelte	30,1	51,1
(TG 62)			35,3	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2017
			EUR
1.	Entgelte der Auszubildenden		28.700
2.	Entgelt der Volontärin oder des Volontärs		22.400
Summe			51.100

525 62	011	Aus- und Fortbildung	15,3	13,1
(TG 62)			3,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

			2017
			EUR
1.	Kosten für die Einstellung		3.700
2.	Kosten für die Ausbildung		6.400
3.	Kosten für die Fortbildung		3.000
Summe			13.100

Summe der Titelgruppe 62	45,4	64,2
	38,3	

Summe der Ausgaben	30.197,9	32.443,5
	27.645,6	

01 01 Landtag

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	69,8 96,6	53,9
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			69,8 96,6	53,9
41 - 49		Personalausgaben	21.269,9 19.869,2	23.511,7
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	2.523,5 1.706,0	2.549,7
61 - 69		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	6.220,5 5.844,3	6.267,1
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	184,0 216,8	115,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 9,3	0,0
Gesamtausgaben			30.197,9 27.645,6	32.443,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-30.128,1 -27.549,0	-32.389,6

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 01 02 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Informationstechnik
- 16 Projekte o.ä. Maßnahmen

Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 dürfen insgesamt bis zur Höhe der nicht verbrauchten Mehreinnahmen bei den Titeln 0102 - 111 01, 111 02, 119 03 und 395 01 überschritten werden.

Die in § 20 Abs. 1 und 2 LHO getroffenen Regelungen zur gegenseitigen Deckungsfähigkeit innerhalb des selben Einzelplanes sind auf das Kapitel 0102 nicht anzuwenden.

Das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz als Anstalt des öffentlichen Rechts nimmt die ihm zugewiesenen Aufgaben in Unabhängigkeit wahr (§§ 32, 38 Landesdatenschutzgesetz).

Einnahmen

111 01	011	Gebühren und tarifliche Entgelte	10,0 35,0	20,0
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Einnahmen insbesondere aus Fortbildungsmaßnahmen. Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei dem Titel 919 01 sowie bei den Titeln der Hauptgruppe 4 und 5 verwendet werden.		
111 02	011	Gebühren und sonstige Entgelte gem. § 43 Abs. 4 LDSG	200,0 142,7	200,0
		Erläuterungen:		
		Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei Titel 919 01 sowie bei den Titeln der Hauptgruppe 4 und 5 verwendet werden.		
119 02	011	Erlöse aus dem Verkauf unbrauchbarer oder entbehrlicher Gegenstände	0,1 0,0	0,1
119 03	011	Gemeinkostenerstattungen von Projektfinanzierern	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Mehreinnahmen dürfen für Mehrausgaben bei dem Titel 919 01 sowie bei den Titeln der Hauptgruppe 4 und 5 verwendet werden.		
119 99	011	Vermischte Einnahmen	0,1 0,0	0,1
231 16	011	Zuweisung des Bundes für Projekte o.ä. Maßnahmen	0,0 156,6	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Ausgaben bei der Maßnahmegruppe 16.		
272 16	011	Zuweisung der EU für Projekte o.ä. Maßnahmen	0,0 49,4	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Ausgaben bei der Maßnahmegruppe 16.		
281 16	011	Zuweisung Dritter für Projekte o.ä. Maßnahmen	0,0 0,0	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Einnahmen sind zweckgebunden für die Ausgaben bei der Maßnahmegruppe 16.		
359 01	851	Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	0,0 71,5	0,0
		Erläuterungen:		
		Die Rücklagenbildung dient der Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung (vgl. Tit. 919 01). Die Einnahmen dürfen für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 4 und 5 verwendet werden.		
359 16	851	Entnahme aus der Rücklage "Projekte o.ä. Maßnahmen"	0,0 246,2	0,0

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 359 16

Erläuterungen:

Die Rücklagenbildung dient der Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung im Rahmen von Projekten o.ä. Maßnahmen (vgl. MG 16).
Die Einnahmen dürfen für Mehrausgaben der MG 16 verwendet werden.

Summe der Einnahmen

210,2
701,4

220,2

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	687,2	832,7
			662,5	

Darf zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 111 01, 111 02, 119 03 und 359 01 überschritten werden, soweit diese nicht für Mehrausgaben bei den Titeln 919 01, 427 01 und 428 01 sowie bei den Titeln der Hauptgruppe 5 verwendet werden.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	5,0	5,0
			19,7	

Darf zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 111 01, 111 02, 119 03 und 359 01 überschritten werden, soweit diese nicht für Mehrausgaben bei Tit. 919 01 sowie bei den Titeln der Hauptgruppe 5 verwendet werden.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Entgeltzahlungen für Praktikanten und für Aushilfskräfte, die vorübergehend für Aufgaben von begrenzter Dauer eingestellt werden sowie für Beschäftigte, die aufgrund von Mehreinnahmen bei den o. g. Titeln wegen erhöhtem Arbeitsaufwand zusätzlich befristet eingestellt werden.

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.142,9	1.408,1
			1.158,1	

Darf zusätzlich bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 111 01, 111 02, 119 03 und 359 01 überschritten werden, soweit diese nicht für Mehrausgaben bei den Titeln 919 01, 427 01 und 422 01 sowie bei den Titeln der Hauptgruppe 5 verwendet werden.

429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	105,2	105,2
			0,0	

Erläuterungen:

Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Einzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushalt 2014 in gesonderten Titeln in den Einzelplänen ausgewiesen.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	37,0	37,0
			25,6	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

		2017
		EUR
1.	Büromaterial	7.000
2.	Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u.ä.	9.000
3.	Druck- und Buchbinderarbeiten	2.000
4.	Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	9.000
5.	Ersatzbeschaffung von Geräten	2.000
6.	Ergänzungsbeschaffung von Geräten	3.000
7.	Unterhaltung von Geräten	2.000
8.	Sonstiges	3.000
	Summe	37.000

517 01	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	66,0	66,0
			68,8	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Bewirtschaftungskosten für die angemieteten Büroräume in Kiel, Holstenstraße 98 mit insgesamt 1.173 qm Nutz- und Nebenraumfläche (ohne Boden- und Kellerraumfläche).

Veranschlagt sind:

		2017
		EUR
1.	Wasserversorgung, Entwässerung, Regenwasser, Müllabfuhr, Schnee- und Eisbeseitigung, Strom, Wärme usw.	32.400
2.	Unterhaltsreinigung, Sanitärbedarf, Sonstiges	33.600
	Summe	66.000

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
518 01	011	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	135,0 134,8	135,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt für folgende Grundstücke, Gebäude und Räume:				
		Nutzung	Dienststelle	Nutzfläche
1.		Unterbringung des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein in angemieteten Räumen in Kiel, Holstenstraße 98		1.173 qm
				<u><u>1.173 qm</u></u>
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	4,5 4,3	4,5
525 02	011	Aus- und Fortbildung	8,0 2,5	8,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben für allgemeine fachliche Fortbildungsmaßnahmen einschl. Reisekosten.				
526 01	011	Gerichts- und ähnliche Kosten	1,5 17,6	15,0
Erläuterungen:				
Mehr wegen Kosten anhängiger Verfahren (teilweise über mehrere Instanzen).				
526 04	011	Sitzungsgeld für Personalratsmitglieder	0,0 0,0	0,0
526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	0,5 2,4	0,5
526 99	011	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.	1,5 0,0	1,5
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben für Sachverständige, die zur Beurteilung fachspezifischer Rechtsfragen herangezogen werden.				
527 01	011	Dienstreisen	20,0 23,2	28,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind:				
				2017
				EUR
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		25.000
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		2.000
3.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		1.000
Summe				<u><u>28.000</u></u>
Mehr wegen erhöhter Reisetätigkeit aufgrund eines erhöhten Koordinierungsaufwandes der Aufsichtsbehörden im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten der EU-DS-GVO.				
529 01	011	Zur Verfügung der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten für den Datenschutz	0,5 0,5	0,5
Erläuterungen:				
Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.				
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	25,0 11,3	25,0
Erläuterungen:				
Veranschlagt sind die Ausgaben für den jährlichen Tätigkeitsbericht sowie für die Herausgabe weiterer Informationsschriften zum Datenschutz im Rahmen der Service- und Beratungsaufgaben.				
Veranschlagt sind außerdem die Ausgaben für Ausstellungen und Veranstaltungen.				

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
533 01	011	Leistungen durch Dritte	2,0 13,4	10,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für Leistungen (primär im Bereich von Datenschutz, Datensicherheit, Informationstechnik und Übersetzung), die spezielle Kompetenzen erfordern, die in der Dienststelle nicht ständig vorgehalten werden können. Mehr wegen Inkrafttreten der EU-DS-GVO.		
533 05	011	Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung	6,0 2,5	6,0
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe- träge	1,5 0,7	1,5
		Erläuterungen: Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.		
919 01	851	Zuführung an die allgemeine Rücklage	0,0 0,0	0,0
		Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei den Titeln 111 01, 111 02 und 119 03 geleistet werden, sofern diese nicht für Mehrausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 4 und 5 verwendet werden. Erläuterungen: Die Rücklagenbildung dient der Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung.		
972 01	881	Globale Minderausgabe	0,0 0,0	0,0
01 Informationstechnik				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
Erläuterungen: In der Maßnahmegruppe 01 werden die Ausgaben für den Erwerb von Geräten, der Pflege und Wartung des Bürokommunikations-Systems zentral veranschlagt.				
511 02	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	18,0 15,3	18,0
(MG 01)		Erläuterungen: Veranschlagt sind u.a. die Ausgaben für die technische Betreuung des Gesamtsystems durch externe Dienstleister.		
525 04	011	Aus- und Fortbildung	10,0 8,3	10,0
(MG 01)				
534 02	011	Kosten für die Nutzung externer Datenbanken	13,0 14,8	13,0
(MG 01)				
812 01	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	5,0 0,0	5,0
(MG 01)				
812 02	011	Anwenderprogramme für den Datenschutz	0,0 0,0	0,0
(MG 01)				
Summe der Maßnahmegruppe 01			46,0 38,4	46,0

16 Projekte o.ä. Maßnahmen

Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei Titel 231 16, Titel 272 16, Titel 281 16 und bei Titel 359 16 geleistet werden.

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

In der Maßnahmegruppe werden die Ausgaben veranschlagt, die zweckgebunden im Zusammenhang mit der Durchführung von drittmittelfinanzierten Projekten o.ä. Maßnahmen entstehen.

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
428 16 (MG 16)	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	285,3 350,6	0,0
511 16 (MG 16)	011	Geschäftsbedarf	0,0 3,6	0,0
527 16 (MG 16)	011	Dienstreisen	0,0 51,0	0,0
531 16 (MG 16)	011	Öffentlichkeitsarbeit	0,0 8,8	0,0
533 16 (MG 16)	011	Leistungen durch Dritte	0,0 37,3	0,0
546 16 (MG 16)	011	Vermischte Verwaltungsausgaben	0,0 18,2	0,0
919 16 (MG 16)	851	Zuführung an die Rücklage "Projekte o.ä. Maßnahmen"	0,0 0,0	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 16			285,3 469,5	0,0
Summe der Ausgaben			2.580,6 2.655,8	2.735,5

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	210,2 177,7	220,2
21 - 29		Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	0,0 206,0	0,0
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0 317,7	0,0
Gesamteinnahmen			210,2 701,4	220,2
41 - 49		Personalausgaben	2.225,6 2.190,9	2.351,0
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	350,0 464,9	379,5
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5,0 0,0	5,0
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			2.580,6 2.655,8	2.735,5
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-2.370,4 -1.954,4	-2.515,3

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 01 03 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

- 01 Polizeibeauftragte/r
- 05 Informationstechnik

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

356 05	851	Entnahme aus der Rücklage "Sabbatjahr"	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei den Titeln 422 01 und 428 01 zur Verfügung.		
359 02	851	Entnahme aus der Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen	0,0	0,0
			0,0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei den Titeln 422 01 und 428 01 zur Verfügung.		
<hr/> Summe der Einnahmen			0,0	0,0
			0,0	

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Ausgaben

422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	381,0	381,0
			350,6	

Zusätzlich dürfen bei den Titeln 422 01 und 428 01 Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 356 05 und 359 02 geleistet werden.

427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	20,0	20,0
			0,0	

428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	460,0	460,0
			280,2	

Zusätzlich dürfen bei den Titeln 422 01 und 428 01 Mehrausgaben bis zur Höhe der tatsächlichen Einnahmen bei den Titeln 365 05 und 359 02 geleistet werden.

429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	15,0	52,0
			0,0	

Erläuterungen:

Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Einzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushalt 2014 in gesonderten Titeln in den Einzelplänen ausgewiesen.

511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	32,7	27,5
			10,8	

518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	2,6	2,6
			0,0	

525 02	011	Aus- und Fortbildung	10,0	13,0
			5,2	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für allgemeine fachliche Fortbildungsmaßnahmen einschl. Reisekosten.

526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	0,2	0,2
			0,1	

527 01	011	Dienstreisen	8,0	17,0
			10,0	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind:

				2017
				EUR
1.		Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		14.700
2.		Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		2.300
3.		Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0
Summe				17.000

Veranschlagt sind u.a. Reisekosten zur Teilnahme an den Sitzungen der Europäischen Ombudsmann-Konferenzen sowie zum Zwecke des Erfahrungsaustausches mit anderen Ombudsmännern auf europäischer Ebene.

529 01	011	Zur Verfügung der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten	2,0	2,5
			1,5	

Erläuterungen:

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	7,5	41,7
			19,9	

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die Ausgaben für die Herstellung der Berichte der Bürgerbeauftragten und der Antidiskriminierungsstelle sowie für die Erstellung mehrerer unterschiedlicher Informationsmaterialien, insbesondere durch die Neueinrichtung der Ombudsperson für Fragen und Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe sowie für die/den Polizeibeauftragte/n.

546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	2,0	3,0
			0,6	

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

812 01	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0 0,0	0,0
916 05	851	Zuführung an die Rücklage "Sabbatjahr"	0,0 0,0	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel 422 01 und 428 01.				
919 01	851	Zuführung an die Rücklage für personalwirtschaftliche Maßnahmen	0,0 0,0	0,0
Einseitig deckungsfähig zu Lasten der Titel der Obergruppe 42.				
972 01	881	Globale Minderausgabe	0,0 0,0	0,0

01 Polizeibeauftragte/r

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

422 02 (MG 01)	042	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	68,0 0,0	96,8
428 02 (MG 01)	042	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0,0 0,0	0,0
511 02 (MG 01)	042	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	6,3 0,0	0,0

Summe der Maßnahmegruppe 01

74,3
0,0 **96,8**

05 Informationstechnik

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

In der Maßnahmegruppe 05 werden die Ausgaben für Arbeitsmaterial, Geräte und Verfahren zur automatisierten Darstellung, Speicherung, Verarbeitung und Übermittlung von Informationen sowie die damit im Zusammenhang stehenden Leistungen an die Datenzentrale veranschlagt.

511 03 (MG 05)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	16,7 11,7	16,7
525 04 (MG 05)	011	Aus- und Fortbildung	1,5 0,8	1,5
812 03 (MG 05)	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	8,0 0,0	8,0
812 04 (MG 05)	011	Erwerb von Software	5,0 0,5	5,0

Summe der Maßnahmegruppe 05

31,2
13,0 **31,2**

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Summe der Ausgaben

1.046,5
691,9

1.148,5

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Abschluss				
35 - 39		Besondere Finanzierungseinnahmen	0,0	0,0
			0,0	
Gesamteinnahmen			0,0	0,0
			0,0	
41 - 49		Personalausgaben	944,0	1.009,8
			630,8	
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	89,5	125,7
			60,6	
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	13,0	13,0
			0,5	
91 - 99		Besondere Finanzierungsausgaben	0,0	0,0
			0,0	
Gesamtausgaben			1.046,5	1.148,5
			691,9	
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-1.046,5	-1.148,5
			-691,9	

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 01 04 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Informationstechnik

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0,0 0,0	0,0
Summe der Einnahmen			0,0 0,0	0,0

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Ausgaben				
412 02	011	Aufwandsentschädigung für die Flüchtlingsbeauftragte oder den Flüchtlingsbeauftragten	24,0 11,7	24,0
		Erläuterungen: Veranschlagt ist die Aufwandsentschädigung für die Flüchtlingsbeauftragte oder den Flüchtlingsbeauftragten.		
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	74,8 0,0	74,8
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,2 0,0	0,2
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	187,0 126,2	187,0
429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	5,0 0,0	13,2
		Erläuterungen: Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Einzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushalt 2014 in gesonderten Titeln in den Einzelplänen ausgewiesen.		
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	1,6 1,3	1,6
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,0 0,0	0,0
525 02	011	Aus- und Fortbildung	0,8 0,0	2,3
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben für allgemeine fachliche Fortbildungsmaßnahmen einschl. Reisekosten.		
526 06	011	Aufwendungen für die Flüchtlingsbeauftragte oder den Flüchtlingsbeauftragten	5,0 0,4	5,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben der Flüchtlingsbeauftragten oder des Flüchtlingsbeauftragten im Zusammenhang mit Reisen im Rahmen ihrer oder seiner Arbeit, die nicht durch die monatliche Aufwandsentschädigung gedeckt sind.		
527 01	011	Dienstreisen	3,5 1,0	3,5
		Erläuterungen: Veranschlagt sind:		
				2017
				EUR
		1. Reisekostenvergütungen für Inlandsdienstreisen		3.200
		2. Reisekostenvergütungen für Auslandsdienstreisen		300
		3. Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten		0
		Summe		3.500
529 01	011	Zur Verfügung der Flüchtlingsbeauftragten oder des Flüchtlingsbeauftragten	0,2 0,0	0,2
		Erläuterungen: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.		
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	7,5 2,7	6,0
		Erläuterungen: Veranschlagt sind die Ausgaben u.a. für Berichte, Broschüren, Informationsschriften.		
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbe-träge	0,1 0,0	0,1

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

noch zu 546 99

Erläuterungen:

Aus Mitteln dieses Ansatzes dürfen auch anstelle einer Kranzspende Beträge in der dafür aufzuwendenden Höhe als Spende an eine Organisation gezahlt werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt.

812 01	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0	0,0
			0,0	

01 Informationstechnik

Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.

Erläuterungen:

In der Maßnahmegruppe 01 werden alle Ausgaben für den Erwerb und Einsatz der Informationstechnik veranschlagt.

511 02	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sowie Gebrauchsgegenstände	5,5	4,0
(MG 01)			3,2	
525 04	011	Aus- und Fortbildung	0,5	0,5
(MG 01)			0,0	
812 02	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	

Summe der Maßnahmegruppe 01	6,0	4,5
	3,2	

Summe der Ausgaben	315,7	322,4
	146,5	

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0 0,0	0,0
Gesamteinnahmen			0,0 0,0	0,0
41 - 49		Personalausgaben	291,0 137,9	299,2
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	24,7 8,6	23,2
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			315,7 146,5	322,4
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-315,7 -146,5	-322,4

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Das Kapitel 01 05 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Informationstechnik

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

119 99	011	Vermischte Einnahmen	0,0	0,0
			0,0	
Summe der Einnahmen			0,0	0,0
			0,0	

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Ausgaben				
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	140,5 134,0	146,6
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	248,6 217,4	252,0
429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	27,4 0,0	37,2
Erläuterungen:				
Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Einzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushalt 2014 in gesonderten Titeln in den Einzelplänen ausgewiesen.				
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	4,8 1,9	5,0
518 02	011	Mieten und Pachten für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge	0,0 0,0	0,0
525 02	011	Aus- und Fortbildung	3,7 0,3	4,0
526 02	011	Besondere Aufwendungen für den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung	10,5 14,1	10,7
526 05	011	Ärztliche Untersuchungen	0,0 0,0	0,0
527 01	011	Dienstreisen	5,5 6,4	5,7
529 01	011	Zur Verfügung der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten	1,6 1,4	2,0
Erläuterungen:				
Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.				
531 02	013	Öffentlichkeitsarbeit	5,8 11,0	11,0
Erläuterungen:				
Der Bericht über die Situation von Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein wird zukünftig in zusammengefasster Form in Deutscher Gebärdensprache (DGS) als Film und in leichter Sprache ergänzt, um den Anspruch auf barrierefreie Informationen für Menschen mit Kommunikationseinschränkungen zu erfüllen.				
533 01	011	Leistungen durch Dritte	21,0 19,1	21,3
Erläuterungen:				
Verwendung für Projekte und Leistungen durch Dritte, die die Situation der Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein zum Inhalt haben.				
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	1,6 0,0	1,7
01 Informationstechnik				
Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe.				
511 02 (MG 01)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	3,2 2,0	3,2
525 03 (MG 01)	011	Aus- und Fortbildung	1,2 0,0	1,2
812 03 (MG 01)	011	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0 0,0	0,0

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
812 04	011	Erwerb von Software	0,0	0,0
(MG 01)			0,0	
<hr/>				
Summe der Maßnahmegruppe 01			4,4	4,4
			2,0	
<hr/>				
Summe der Ausgaben			475,4	501,6
			407,6	

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	

Abschluss

11 - 19	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0,0	0,0
		0,0	
	Gesamteinnahmen	0,0	0,0
		0,0	
41 - 49	Personalausgaben	416,5	435,8
		351,4	
51 - 55	Sächliche Verwaltungsausgaben	58,9	65,8
		56,2	
81 - 89	Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0	0,0
		0,0	
	Gesamtausgaben	475,4	501,6
		407,6	
	Überschuss (+) / Zuschuss (-)	-475,4	-501,6
		-407,6	

01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	

T€

Das Kapitel 01 06 enthält folgende Maßnahme- und Titelgruppen:

Ausgaben

01 Informationstechnik

Die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des Kapitels sind gegenseitig deckungsfähig.

Einnahmen

129 02	011	Einnahmen erzielt durch die oder den Landesbeauftragten für politische Bildung	9,5	8,0
			6,7	
Mehreinnahmen stehen für zusätzliche Ausgaben bei dem Titel 539 01 zur Verfügung.				

Summe der Einnahmen			9,5	8,0
			6,7	

01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	
			T€	
Ausgaben				
422 01	011	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	80,0 0,0	83,8
427 01	011	Beschäftigungsentgelte an Vertretungs- und Aushilfskräfte	0,0 0,0	0,0
428 01	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	206,4 185,0	288,4
429 01	011	Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen	8,5 0,0	19,4
		Erläuterungen: Erforderliche Mittel für Tarif- und Besoldungserhöhungen werden aus dem Einzelplan 11 in die Einzelpläne umgesetzt. Sie werden seit dem Haushalt 2014 in gesonderten Titeln in den Einzelplänen ausgewiesen.		
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0 1,9	8,0
525 01	011	Aus- und Fortbildung	1,0 0,0	1,0
527 01	011	Dienstreisen	2,5 2,3	4,0
529 01	011	Zur Verfügung der Landesbeauftragten oder des Landesbeauftragten	0,5 0,1	1,0
		Erläuterungen: Die Ausgaben sind einzeln zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.		
539 01	011	Maßnahmen zur Vertiefung der politischen Bildung	97,5 55,8	280,0
		Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 0106 - 129 02 geleistet werden.		
546 99	011	Vermischte Verwaltungsausgaben, Kassen- und Zahlstellenfehlbeträge	0,7 0,1	0,7
01		Informationstechnik		
		Deckungsfähig innerhalb der Maßnahmegruppe		
		Erläuterungen: In der Maßnahmegruppe 01 werden die Ausgaben für den Erwerb und Einsatz der Informationstechnik veranschlagt.		
511 02 (MG 01)	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	5,0 0,7	5,0
525 02 (MG 01)	011	Aus- und Fortbildung	0,0 0,0	0,0
812 01 (MG 01)	011	Erwerb von Geräten und Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0 0,0	0,0
Summe der Maßnahmegruppe 01			5,0 0,7	5,0
Summe der Ausgaben			407,1 245,9	691,3

01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

Titel	FKT	Zweckbestimmung	Soll 2016	Soll 2017
			Ist 2015	

T€

Abschluss

11 - 19		Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	9,5 6,7	8,0
Gesamteinnahmen			9,5 6,7	8,0
41 - 49		Personalausgaben	294,9 185,0	391,6
51 - 55		Sächliche Verwaltungsausgaben	112,2 60,9	299,7
81 - 89		Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,0 0,0	0,0
Gesamtausgaben			407,1 245,9	691,3
Überschuss (+) / Zuschuss (-)			-397,6 -239,2	-683,3

01 Landtag

Abschluss Einnahmen und Ausgaben 2017

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamteinnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- einnahmen	
- T€ -								
01 01	Landtag	2017		53,9				53,9
		2016		69,8				69,8
01 02	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	2017		220,2				220,2
		2016		210,2				210,2
01 03	Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	2017						0,0
		2016						0,0
01 04	Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	2017						0,0
		2016						0,0
01 05	Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung	2017						0,0
		2016						0,0
01 06	Der Landesbeauftragte für politische Bildung	2017		8,0				8,0
		2016		9,5				9,5
	Summe Haushalt	2017		282,1				282,1
	Summe Haushalt	2016		289,5				289,5
	mehr(+) / weniger(-)		0,0	-7,4	0,0	0,0	0,0	-7,4

Ausgaben								Jahr	Kapitel
41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben		
- T€ -									
23.511,7	2.549,7		6.267,1		115,0		32.443,5	2017	01 01
21.269,9	2.523,5		6.220,5		184,0		30.197,9	2016	
2.351,0	379,5				5,0		2.735,5	2017	01 02
2.225,6	350,0				5,0		2.580,6	2016	
1.009,8	125,7				13,0		1.148,5	2017	01 03
944,0	89,5				13,0		1.046,5	2016	
299,2	23,2						322,4	2017	01 04
291,0	24,7						315,7	2016	
435,8	65,8						501,6	2017	01 05
416,5	58,9						475,4	2016	
391,6	299,7						691,3	2017	01 06
294,9	112,2						407,1	2016	
27.999,1	3.443,6		6.267,1		133,0		37.842,8	2017	
25.441,9	3.158,8		6.220,5		202,0		35.023,2	2016	
+2.557,2	+284,8	0,0	+46,6	0,0	-69,0	0,0	+2.819,6		

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2017

-37.560,7

Überschuss (+) / Zuschuss (-) 2016

-34.733,7

01 Landtag

Einnahmen der Maßnahme- / Titelgruppen 2017

Kapitel MG/TG	Bezeichnung	Jahr	Einnahmen					Gesamt- einnahmen
			01 - 09 Steuern und steuer- ähnliche Abgaben	11 - 19 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	21 - 29 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	31 - 34 Schulden- aufnahme, Zuwendun- gen für Investitionen	35 - 39 Besondere Finanzie- rungs- verfahren	
- T€ -								
01 01	Landtag							
08	Verfassungsreform	2017		0,0			0,0	
		2016		0,0			0,0	
	Summe Haushalt	2017		0,0			0,0	
	Summe Haushalt	2016		0,0			0,0	

01 Landtag

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2017

Kapitel MG/TG Bezeichnung	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
- T€ -									

01 01 Landtag

01 Enquete-Kommissionen und Sonderausschüsse

2017	133,9	45,1					0,0	179,0
2016	256,6	80,0					0,0	336,6

02 Leistungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebenen

2017	16.456,6						0,0	16.456,6
2016	14.552,8						0,0	14.552,8

03 Informationstechnik

2017		666,2				115,0		781,2
2016		504,8				184,0		688,8

04 Leistungsentgelte an die Dataport Schleswig-Holstein

2017		0,0						0,0
2016		151,2						151,2

05 Fraktionsmittel

2017				5.408,8				5.408,8
2016				5.567,2				5.567,2

06 Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, Parlamentpartnerschaften, Verfügungsmittel

2017		728,8						728,8
2016		773,8						773,8

07 Wissenschaftliche Aufarbeitung struktureller und personeller Kontinuität nach dem Dritten Reich in Schleswig-Holstein

2017		0,0						0,0
2016		30,0						30,0

08 Verfassungsreform

2017		0,0					0,0	0,0
2016		0,0					0,0	0,0

09 Landessystemkonzept (LSK SH)

2017								
2016								

62 Ausbildungsinitiative des Landtages

2017	51,1	13,1						64,2
2016	30,1	15,3						45,4

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

01 Informationstechnik

2017		41,0				5,0		46,0
2016		41,0				5,0		46,0

16 Projekte o.ä. Maßnahmen

2017	0,0	0,0					0,0	0,0
2016	285,3	0,0					0,0	285,3

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

01 Polizeibeauftragte/r

2017	96,8	0,0						96,8
2016	68,0	6,3						74,3

05 Informationstechnik

2017		18,2				13,0		31,2
2016		18,2				13,0		31,2

01 Landtag

Ausgaben der Maßnahme- / Titelgruppen 2017

Kapitel	Jahr	Ausgaben							Gesamt- ausgaben
		41 - 49 Personal- ausgaben	51 - 55 Sächliche Verwaltungs- ausgaben	56 - 59 Schulden- dienst	61 - 69 Zuwendun- gen mit Ausnahme für Investitionen	71 - 79 Baumaß- nahmen	81 - 89 Sonstige Investitionen und Investitions- förderungs- maßnahmen	91 - 99 Besondere Finanzie- rungs- ausgaben	
MG/TG	Bezeichnung								
- T€ -									

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

01 Informationstechnik

2017	4,5			0,0		4,5
2016	6,0			0,0		6,0

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

01 Informationstechnik

2017	4,4			0,0		4,4
2016	4,4			0,0		4,4

01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung

01 Informationstechnik

2017	5,0			0,0		5,0
2016	5,0			0,0		5,0

Summe	2017	16.738,4	1.526,3	5.408,8	133,0	0,0	23.806,5
Summe	2016	15.192,8	1.636,0	5.567,2	202,0	0,0	22.598,0

Stellenplan Stellenübersichten

	Seite
Kap. 01 01 Landtag	52
Kap. 01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	56
Kap. 01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	58
Kap. 01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	60
Kap. 01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung	61
Kap. 01 06 Der Landesbeauftragte für politische Bildung	62
Abschluss Stellenpläne und -übersichten	64
Hebungen 2017	66
Umwandlungen 2017	67
ku-Vermerke	68
Neue Stellen 2017	69
Einsparungen 2017	70

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
	2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B9	Direktor/-in des Landtages	1	1	
B8	Direktor/-in des Landtages	0	0	
B5	Ministerialdirigenten/-innen	2	2	1)
B4	Leitende Ministerialräte/-innen	0	0	
B3	Ministerialräte/-innen	0	0	
B2	Ministerialräte/-innen	2	2	
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Ministerialräte/-innen	5	5	
A15	Regierungsdirektoren/-innen	11	12	2
A14	Oberregierungsräte/-innen	5	4	2
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	0	2	
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	2	2	
A12	Amtsräte/-innen	4	4	1
A11	Regierungsamt männer/-frauen	1	3	
A10	Regierungs oberinspektoren/-innen	2	1	
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0	1	
A9 LG 1.2	Amtsinspektoren/-innen	1	0	1
A8	Regierungshauptsekretäre/-innen	0	0	
Summe :		36	39	1 5

1) 1 Planstelle ist für die Dauer der Bestellung zur alleinigen Stellvertreterin/zum alleinigen Stellvertreter der Landtagsdirektorin/des Landtagsdirektors mit einer widerruflichen Zulage gemäß Fußnote 2 zur Bes. Gruppe B 5 SHBesO A und B ausgestattet.

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle A9 LG am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden des Stelleninhabers oder der (aus HH 2017)
2.1 Stelleninhaberin, spätestens nach drei Jahren.

Planstellen künftig umzuwandeln:

1 Stelle B9 in B8 Künftig umzuwandeln in eine Planstelle der BesGr. B 8 SHBesO (aus HH 2013)
mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.

Vermerke:

2 Stellen A13 LG dürfen nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)
2.2

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A15							1				+1	von A14
2	A14								1			-1	nach A15
3	A13 LG 2.2	1										+2	
4						1							von E13
5	A11					1						+2	von E11
6								1					von A10
7	A10								1			-1	nach A11
8	A9 LG 2.1	1										+1	Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft.
9	A9 LG 1.2						1					-1	nach E9
Summe:		2				2	1	2	2			+3	

neue Vermerke:

Planstellen künftig wegfallend:

- 1 Stelle A9 LG am 31.07.2019 künftig wegfallend mit Ausscheiden des Stelleninhabers oder der Stelleninhaberin, spätestens nach drei Jahren. (aus HH 2017)

Vermerke:

- 2 Stellen A13 LG dürfen nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)

Stellenanzahl
2016 2017

428 01

Entgeltgruppe

AT	0	0
E15	2	2
E14	2	2
E13 Ü	0	0
E13	4	3
E12	6	6
E11	9	9
E10	7	7
E9	12	12
E8	5	5
E6	9	9
E5	4	4
E4	1	1
Cheffahrer	6	6
PKW-Fahrer	3	3
Summe :	70	69

Vermerke:

- 1 Stelle E15 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2013)
- 1 Stelle E11 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)

01 01 Landtag

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

- 8 Stellen E9 Stellen dürfen nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, kleine Stufen 5 und 6). (aus HH 2013)
- 1 Stelle E9 darf nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, kleine Stufen 5 und 6) (aus HH 2017)
- 1 Stelle E6 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2016)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E13						1					-1	nach A13 LG 2.2
2	E11	1										0	
3							1					0	nach A11
4	E9		1									0	
5						1						0	von A9 LG 1.2
Summe:		1	1			1	2					-1	

neue Vermerke:

Vermerke:

- 1 Stelle E11 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)
- 1 Stelle E9 darf nur mit Beschäftigten besetzt werden, deren Tätigkeitsmerkmale besondere Stufenlaufzeiten beinhalten (sog. "kleine E 9": Stufe 3 nach 5 Jahren in Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in Stufe 3, kleine Stufen 5 und 6) (aus HH 2017)

Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern

422 04 (01)

AUFSTIEGENDE GEHÄLTER

Bes. Gruppe

A16	Ministerialräte/-innen	1	1		
A15	Regierungsdirektoren/-innen	1	1		
Summe :		2	2	0	0

Stellenanzahl	
2016	2017

428 02 (01)

Entgeltgruppe

E13		0	0
E5		1	1
Summe :		1	1

Vermerke:

- 1 Stelle E5 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2016)

01 01 Landtag

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl	
		2016	2017
428 62	(62)		
	<i>Entgeltgruppe</i>		
	Volontär	1	1
	Auszu- bild.	2	2
Summe :		3	3

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

		Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
		2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01					
Bedarf an Beamtinnen und Beamten					
FESTE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
B5	Ministerialdirigenten/-innen als Landesbeauftragter/-e für Datenschutz	1	1		
B2	Abteilungsdirektoren/-innen	1	1		
AUFSTIEIGENDE GEHÄLTER					
<i>Bes.Gruppe</i>					
A16	Leitende Verwaltungsdirektoren/-innen	4	4		2
A15	Verwaltungsdirektoren/-innen	1	1		
A14	Oberverwaltungsräte/-innen	1	1		1
A13 LG 2.2	Verwaltungsräte/-innen	0	0		
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	8	9		
A12	Amtsräte/-innen	0	0		
Summe :		16	17	0	3

LEERSTELLEN

FESTE GEHÄLTER

Bes.Gruppe

B2	Abteilungsdirektoren/-innen	1	1		
Summe [Leerstellen]:		1	1	0	0

Planstellen gesperrt:

- 1 Stelle A13 LG 2.1 Besetzung der neu ausgebrachten Planstelle bedarf der Zustimmung des Finanzausschusses (aus HH 2006)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	A13 LG 2.1	1										+1	Zur Umsetzung gesetzlicher Aufgaben
Summe:		1										+1	

Stellenanzahl
2016 2017

428 01

Entgeltgruppe

E15 Ü	0	0
E14	2	5

01 02 Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

E13	4	4
E12	3	3
E11	1	1
E8	2	2
E5	1	1
Summe :	13	16

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E14 am 31.12.2019

(aus HH 2017)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E14	3										+3	Zur Umsetzung gesetzlicher Aufgaben
Summe:		3										+3	

neue Vermerke:

Stellen künftig wegfallend:

2 Stellen E14 am 31.12.2019

(aus HH 2017)

01 03 Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
	2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
Bedarf an Beamtinnen und Beamten				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
B6	Ministerialdirigenten/-innen als Bürgerbeauftragter/-e für soziale Angelegenheiten	1	1	
B5	Ministerialdirigenten/-innen als Bürgerbeauftragter/-e für soziale Angelegenheiten	0	0	
B2	Ministerialräte/-innen	0	1	
AUFSTIEGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes.Gruppe</i>				
A16	Ministerialräte/-innen	1	0	
A14	Oberregierungsräte/-innen	0	1	
A13 LG 2.2	Regierungsräte/-innen	4	3	1
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	0	0	
A12	Amtsräte/-innen	0	0	
A10	Regierungsüberinspektoren/-innen	1	1	
A9 LG 2.1	Regierungsinspektoren/-innen	0	0	
Summe :		7	7	1

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	B2							1				+1	von A16
2	A16								1			-1	nach B2
3	A14							1				+1	von A13 LG 2.2
4	A13 LG 2.2								1			-1	nach A14
Summe:								2	2			0	

	Stellenanzahl	
	2016	2017
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E13	2	2
E12	0	0
E10	2	2
E9	0	0
E8	0	0
E6	1	1

01 04 Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
	2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeit- nehmern
422 01				
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16 Ministerialräte/-innen	1	1		
Summe :	1	1	0	0

	Stellenanzahl	
	2016	2017
428 01		
<i>Entgeltgruppe</i>		
E15	1	1
E14	0	0
E13	0	0
E8	1	1
E6	1	1
Summe :	3	3

01 05 Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung

Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen

	Stellenanzahl		Vom Soll 2016 waren am 01.02.2016 besetzt mit	
	2016	2017	beamteten Hilfskräften	Arbeitnehmern
422 01				
FESTE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
B2	Ministerialräte/-innen als Landesbeauftragter/-e für Menschen mit Behinderung	0	0	
AUFSTEIGENDE GEHÄLTER				
<i>Bes. Gruppe</i>				
A16	Ministerialräte/-innen als Landesbeauftragter/-e für Menschen mit Behinderung	1	1	
A13 LG 2.1	Oberamtsräte/-innen	1	1	
A12	Amtsräte/-innen	0	0	
A11	Regierungsamtswänner/-frauen	0	0	
Summe :		2	2	0 0

		Stellenanzahl	
		2016	2017
428 01			
<i>Entgeltgruppe</i>			
E15 Ü		0	0
E12		1	2
E10		2	2
E5		1	1
Praktikant		1	1
Summe :		5	6

Vermerke:

- 1 Stelle E12 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)
- 1 Stelle E10 darf nur mit einer/einem arbeitslosen Schwerbehinderten besetzt werden. (aus HH 2009/2010)

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Übertragungen		Umwandlungen		Hebungen		Herabgruppierungen		Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	E12	1										+1	Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention
Summe:		1										+1	

neue Vermerke:

Vermerke:

- 1 Stelle E12 darf nur zur Hälfte besetzt werden (aus HH 2017)

01 Landtag

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2017

Kapitel	Bezeichnung	Jahr	Beamtinnen und Beamte			Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Nachwuchskräfte	Summe Spalte 4-8
			422 01 422 TG	Z. A. 422 02	im Vorb.D. 422 03			
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01 01	Landtag	2017	41	-	-	73	-	114
		2016	38	-	-	74	-	112
01 02	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	2017	17	-	-	16	-	33
		2016	16	-	-	13	-	29
01 03	Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	2017	8	-	-	9	-	17
		2016	9	-	-	8	-	17
01 04	Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	2017	1	-	-	3	-	4
		2016	1	-	-	3	-	4
01 05	Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung	2017	2	-	-	6	-	8
		2016	2	-	-	5	-	7
01 06	Der Landesbeauftragte für politische Bildung	2017	1	-	-	5	-	6
		2016	1	-	-	4	-	5
Summe		2017	70	-	-	112	-	182
		2016	67	-	-	107	-	174

Abschluss Stellenpläne und -übersichten 2017

in Wirtschaftsbetrieben			Leerstellen		Jahr	Bezeichnung	Kapitel
Planstellen	Stellen	Summe Spalte 10+11					
10	11	12	13	14	15	16	17
-	-	-	-	-	2017	Landtag	01 01
-	-	-	-	-	2016		
-	-	-	1		2017	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz	01 02
-	-	-	1		2016		
-	-	-	-	-	2017	Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein	01 03
-	-	-	-	-	2016		
-	-	-	-	-	2017	Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen	01 04
-	-	-	-	-	2016		
-	-	-	-	-	2017	Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung	01 05
-	-	-	-	-	2016		
-	-	-	-	-	2017	Der Landesbeauftragte für politische Bildung	01 06
-	-	-	-	-	2016		
-	-	-	1		2017		Summe
-	-	-	1		2016		

01 Landtag

Hebungen 2017

Kapitel	Beamtinnen und Beamte		Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		Zahl
	aus BesGr.	in BesGr.	aus EntgeltGr.	in EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6
01 01	Landtag				
	A14 A10	A15 A11			1 1
01 03	Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein				
	A16 A13 LG 2.2	B2 A14			1 1
Summe	4	4	0	0	4

01 Landtag

Umwandlungen 2017

Kapitel	aus			in			Zahl
	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	422 01 Planmäßige Beamtinnen und Beamte BesGr.	422 02 Beamtete Hilfskräfte BesGr.	428 01 428 61 ff Arbeit- nehmerinnen und Arbeitnehmer EntgeltGr.	
1	2	3	4	5	6	7	8
01 01	Landtag						
	A9 LG 1.2		E13 E11	A13 LG 2.2 A11		E9	1
							1
Summe	1	0	2	2	0	1	3

01 Landtag

ku-Vermerke 2016

Kapitel Titel		Anzahl	Haushalts- plan der 1. Aus- bringung	Wirksamwerden Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	ku-Vermerke			Bemerkung
aus BesGr. EntgeltGr.	in BesGr. EntgeltGr.				realisiert und nachvollzogen	weggefallen (*) bzw. geändert	unverändert	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
01 01 Landtag								
422 01								
B9	B8	1	2013	Künftig umzuwandeln in eine Planstelle der BesGr. B 8 SHBesO mit Ausscheiden der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers.			1	
Summe					0	0	1	

in Spalte 6: ku-Vermerk im Jahr 2016 realisiert und im HH 2017 nachvollzogen
in Spalte 7: ku-Vermerk im HH 2017 weggefallen(*) bzw. geändert (neues Datum)
in Spalte 8: ku-Vermerk im HH 2017 unverändert weiter ausgebracht

01 Landtag

Neue Stellen 2017

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
01 01	Landtag			1 1 1
	A13 LG 2.2 A9 LG 2.1	E11	Übernahme einer geprüften Nachwuchskraft.	
01 02	Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz			1 3
	A13 LG 2.1	E14	Zur Umsetzung gesetzlicher Aufgaben Zur Umsetzung gesetzlicher Aufgaben	
01 03	Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein			1
	E13			
01 05	Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung			1
	E12 Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention			
01 06	Der Landesbeauftragte für politische Bildung			1
	E13			
Summe	3	7		10

01 Landtag

Einsparungen 2017

Kapitel	Beamtinnen und Beamte	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Grund bzw. gesetzliche Bestimmung	Zahl
	BesGr.	EntgeltGr.		
1	2	3	4	5
01 01	Landtag			1
		E9		
01 03	Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein			1
	A10			
Summe	1	1		2